

Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 16. März 2003

113. Jahrgang Nr. 31.395

„Juden sind gegen den Krieg“

Edgar Bronfman und Israel Singer, Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses, in Buenos Aires

Buenos Aires (AT/stk) - Kein Empfangskomitee hätte es besser organisieren können. Am Dienstag kamen Edgar Bronfman und Israel Singer, Präsident und Vizepräsident des Jüdischen Weltkongresses (JWC), in Argentinien an, und in den seit neun Jahren offenen Fall um das Attentat auf die jüdische Hilfsorganisation AMIA, bei dem 85 Menschen ermordet wurden, kommt Bewegung. Ermittlungsrichter Juan José Galeano stellte am Montag Haftbefehle für vier iranische Diplomaten aus, darunter der frühere iranische Sicherheitsminister und Geheimdienstchef Ali Fallahian.

Doch Singer und Bronfman, die noch am Dienstag mit Präsident Eduardo Duhalde und Außenminister Carlos Ruckauf zusammentrafen, wurden enttäuscht. Die diplomatischen Folgen der Haftbefehle

hatten die argentinische Regierung bereits unter Druck gesetzt. „Es ist unerträglich, dass diese Massenmörder frei herumlaufen“, sagt Singer in einem Gespräch mit dem Argentinischen Tageblatt. Sicherheit sei ein Grundbedürfnis der Menschen, fügt er an und stellt dabei der argentinischen Regierung ein schlechtes Zeugnis aus. Diese könne nicht einmal für die Sicherheit ihrer Bürger vor gewöhnlichen Kriminellen sorgen. Er hat deshalb wenig Hoffnungen, dass die Urheber des AMIA-Attentats zur Verantwortung gezogen werden. Die diplomatischen Probleme mit dem Iran wischt er barsch beiseite. „Bei Mördern muss man sich nicht entschuldigen.“

Nur wenig zurückhaltender äußert sich der ausgebildete Rabbiner und Politikwissenschaftler Singer zum drohenden Irak-Krieg.

„Juden sind gegen den Krieg, heute und immer. Wir sind wenige und schwach“, begründet er das. Singer weigert sich zunächst, die ablehnende Haltung der Deutschen, Franzosen und „anderen Europäer“ zu beurteilen. Dann tut er es dennoch. Er wirft ihnen sogar eine Gleichstellung von Saddam Hussein und George Bush vor. Diese sei ein „bisschen grob und solche Grobheiten haben Juden nicht gern“.

Saddam Hussein hält er nicht nur für eine Gefahr für Israel. „Die Freiheit der gesamten Welt ist in Gefahr“, meint Singer. Dann relativiert er seine Aussage. Saddam ist für ihn in erster Linie ein „Mörder an seiner eigenen Familie und an seinen Landsleuten“. Die Vereinten Nationen hält der JWC-Funktionär dabei für wenig geeignet, über den Mörder zu richten.

Die Uno sei „bevölkert von Menschenfressern und Verbrechern“. Selbst wenn er zornig wird, spricht der in Brooklyn geborene Sohn österreichischer Flüchtlinge ausgezeichnet Deutsch. Deutschlands Beharren auf eine UN-Entscheidung versteht er nicht. Schließlich seien die Deutschen „nach Serbien gegangen ohne UN-Mandat“.

Für die Situation im Nahen Osten findet Singer klare Worte: „Es ist genug“, sagt er. Israel ist für ihn ein Beispiel für die anderen Nationen. Das Land sei ein „Barometer der Freiheit“, der einzige Staat der Region, in dem in 4000 Jahren demokratische Wahlen abgehalten wurden. Der JWC-Funktionär spricht sich eindeutig für einen Palästinenserstaat aus. „Man muss Frieden haben“, sagt er. Er bleibt sich treu, denn „Juden sind gegen den Krieg“.

Ärger mit den Mullahs

Haftbefehle gegen iranische Diplomaten sorgen für Spannungen zwischen Teheran und Buenos Aires

Buenos Aires/Teheran (AT/dpa) - Die Spannungen zwischen Argentinien und Iran wegen des Bombenanschlags auf das jüdische Sozialwerk AMIA im Jahre 1994 mit 85 Toten haben sich weiter verschärft. Der Geschäftsträger Irans in Buenos Aires, Muhammad Ali Tabatabai, wurde am Montag in das Außenministerium einbestellt, sagte Außenminister Carlos Ruckauf.

Der Streit über die von Iran wiederholt bestrittene Beteiligung an der Tat war erneut eskaliert, nachdem der ermittelnde Richter Juan José Galeano internationale Haftbefehle gegen vier frühere iranische Diplomaten und Funktionäre wegen des Anschlags erlassen hatte.

Tabatabai solle erklären, warum die Regierung in Teheran Argentinien nach dem Erlass der Haftbefehle mit „angemessenen Maßnahmen“ gedroht habe, sagte ein Sprecher des Ministeriums. „Diesen Satz und andere müssen sie uns erklären“, betonte Ruckauf.

Bundesrichter Galeano hatte den früheren Kulturattaché der Botschaft Irans in Buenos Aires, Moshen Rabbani, und den früheren iranischen Geheimdienstchef Ali Fallahian zur Fahndung ausgeschrieben. Die Liste komplettieren der Verantwortliche für diplomatische Kurierpost, Barat Ali Balesh Abadi, und der Diplomat Ali Kar Parvaresh. Fallahian war schon im November 2001 von einem deutschen Gericht als Hauptverantwortlicher für den Anschlag auf die Berliner Diskothek „La Belle“ bezeichnet worden. Das Gerichtsurteil führte zu diplomatischen Differenzen zwischen dem Iran und der Europäischen Union. Zeitweise zogen alle EU-Staaten ihre Botschafter aus Teheran zurück.

Noch bleibt die argentinische Justiz hart. Der iranische Geheimdienst habe den Anschlag organisiert und habe der direkten Leitung durch

hochrangige Regierungsmitglieder unterstanden, betonte Galeano. Die Staatsanwaltschaft hatte sogar die Festnahme von mehr als 20 Personen, darunter mehrere iranische Diplomaten, beantragt.

Mittlerweile haben sich die Spannungen zwischen Teheran und Buenos Aires weiter verschärft. Der Iran hat am Mittwoch seinen Geschäftsträger in Argentinien zur Berichterstattung zurückgerufen. Der Pressesprecher des iranischen Außenministeriums, Hamid Reza Assefi, forderte die argentinische Regierung auf, ihre Position zur Angelegenheit zu erläutern. Zuvor hatte Assefi der argentinischen Justiz vorgeworfen, einen „Irrtum“ begangen zu haben, den sie „korrigieren“ müsse. Andernfalls werde die iranische Regierung „geeignete Maßnahmen“ ergreifen müssen.



CD Rom / Touch-Screen
Web / Video Digital
3D / Animaciones
(5411)4703-5509
www.multimedia.com.ar

Alle drei Stunden ein Mord

Welle der Gewalt erschüttert Buenos Aires

Buenos Aires (AT/tc) - In der Provinz Buenos Aires wird durchschnittlich alle drei Stunden ein Mensch ermordet. Diese Statistik wurde in der vergangenen Woche von der Staatsanwaltschaft bekannt gegeben. Nach Informationen des Sicherheitsministeriums der Provinz Groß Buenos Aires stieg die Mordrate damit im Vergleich zum Jahr 2001 um 50% an. 2001 wurden 1632 Menschen Opfer eines Mordes, im Jahr 2002 waren es 2459 Personen.

Diese traurige Rekordrate von durchschnittlich sieben Mordopfern pro Tag wird vor allem in Verbindung mit Autodiebstählen ge-

bracht; allein 40% der Mordfälle geschehen nach Angaben der argentinischen Tageszeitung "La Nación" während eines Autodiebstahls. Nach einer von der Staatsanwaltschaft durchgeführten Studie ist von allen acht Verwaltungszonen in Groß Buenos Aires - Lomas de Zamora, La Matanza, San Martín, Quilmes, San Isidro, Morón, La Plata und Mercedes - die Region Lomas de Zamora mit 448 Mordfällen im Jahr 2002, ca. 18% der Gesamtrate, das gefährlichste Gebiet. Die Verwaltungszone San Martín ist mit 273 Mordfällen die zweitgefährlichste Region in der Provinz Buenos Aires,

danach kommt Quilmes, wo im Jahr 2002 212 Menschen gewaltsam ums Leben gebracht wurden.

Die Gründe für diesen beängstigenden Anstieg der Mordrate sieht der Sicherheitsminister der Provinz Buenos Aires Juan Pablo Cafiero vor allem im illegalen Waffenbesitz und im leichten Zugang zu illegalen Waffen. "Wir müssen unsere Präventivmethoden erweitern und verbessern, um illegalen Waffenbesitz effizienter verhindern und aufspüren zu können", äußerte er sich vergangenes Wochenende. Zudem zeigte er sich über den ständig wachsenden Verleih von Waffen beunruhigt, der viele Verbrechen erleichterte. Er betonte außerdem, dass der ver-

stärkte Missbrauch von Drogen bei Kriminellen eine nicht minder gewichtige Rolle im Anstieg der Mordfälle bei Verbrechen spielte.

Als dritte Komponente in einer möglichen Erklärung für die Gewaltwelle in Buenos Aires sieht Cafiero die schwierige wirtschaftliche und soziale Lage Argentiniens. Dies betreffe vor allem die Menschen, die im Vorstadttring von Buenos Aires lebten. Dort ergibt sich laut Provinzstaatsanwalt Eduardo de la Cruz eine explosive Mischung aus "Wohnungsnot, zusammengepferchten Menschen, Arbeitslosigkeit, familiären Problemen, Perspektivlosigkeit und Ausgrenzung", - ein idealer Nährboden für Gewalt.

Eisenbahnerstreik

Der Streik der Eisenbahnergewerkschaften „Fraternidad“ und „Unión Ferroviaria“ hat am Mittwoch landesweit den Schienenverkehr lahm gelegt. Noch am Vorabend hatte es geheissen, dass ein Notdienst aufrecht erhalten werden würde, aber Streikposten der Eisenbahner, die eine Gehaltserhöhung von 41 % verlangen, verhinderten jede entsprechende Initiative. Die grossen Bahnhöfe der Hauptstadt, Retiro, Once und Constitución, blieben geschlossen, und die anderthalb Millionen Fahrgäste, die die Züge sonst im Durchschnitt täglich nutzen, waren auf alternative Verkehrsmittel oder Personewagen angewiesen. Überall kam es zu Staus und erheblichen Verzögerungen.

Weder Zugführer noch Schienenarbeiter, Wachpersonal oder Fahrkartenverkäufer erschienen an ihren Arbeitsplätzen. Da ein Entgegenkommen der Betreiber ausgeblieben sei, drohen die Gewerkschaften mit einem weiteren, diesmal 36 Stunden dauernden Streik am Mittwoch und Donnerstag kommender Woche.

Omar Maturano, Gewerkschaftschef der „Fraternidad“, sagte bei einer Pressekonferenz, der Streikaufruf sei zu 100% befolgt worden. Er nannte den Streik die einzige Möglichkeit, die starsinnige und unverantwortliche Haltung der Betreiber zu brechen, und bat die Fahrgäste um Verständnis.

Unterdessen hat der Kabinettschef des Arbeitsministeriums Jorge Rampoldi den Linien, die keinen Notdienst aufrecht erhalten haben, Sanktionen angedroht. Von den Betreibergesellschaften verlaute, dass sie nicht in der Lage seien, die geforderte 41%ige Gehaltserhöhung zu zahlen.

Randglossen

Rund hunderttausend angehende Politiker mögen sich bei den Internwahlen der politischen Parteien allein in der Provinz Buenos Aires für allerlei Wahlämter melden, angefangen mit dem Gouverneur und seinem Stellvertreter bis Bürgermeister, Parlamentarier, Gemeinderäte und andere. Die überraschend hohe Zahl der Anwärter, meist Ersteinsteiger in die Politik, zeugt vom Interesse der Bürger am öffentlichen Wohl, wobei sicherlich auch andere Motivationen mitspielen, die weniger philanthropisch gefärbt sind, darunter auch zahllose Amtsträger, die nicht ausscheiden, sondern weiter machen wollen. Politik ist offenbar ein attraktiver Beruf in Argentinien.

Die Regierung Teherans reagiert sauer auf den Haftbefehl des argentinischen Bundesrichters Galeano gegen einen Diplomaten, der seinerzeit beim Attentat gegen das jüdische Hilfswerk AMIA offenbar seine Hände im Spiel gehabt hat. Interpol wurde vom Richter bemüht, damit er den Diplomaten verhaftet und hier vor Gericht stellt. Die Regierung in Teheran machte die argentinische Regierung hierfür verantwortlich, wogegen das Ausseramt protestierte, da es sich um eine Gerichtsentscheidung handelt. Daraufhin zog Teheran ihren Geschäftsträger in Buenos Aires ab, ohne die Drohung mit möglichen Repressalien aufzuheben. Iran ist Kunde mehrerer argentinischer Agrarprodukte und könnte, wie früher schon einmal, die Geschäfte einstellen.

WOCHENÜBERSICHT

Wahlgarantie

Präsident Eduardo Duhalde garantiert für die Sicherheit der kommenden Präsidentschaftswahlen. Situationen wie bei den Gouverneurswahlen in Catamarca vor zwei Wochen, wo Schlägertrupps des nicht zugelassenen Kandidaten Luís Barrionuevo, einen Abbruch erzwungen hatten, werde es nicht geben. "Wir werden in Frieden und Freiheit wählen", sagte Duhalde.

Streiklustig

Argentinien ist ein streikfreudiges Land. Seit 1980 hat es hier 9349 Arbeitskämpfe gegeben. Al-

lein 1639 davon gingen auf das Konto der Lehrkräfte, das entspricht 17 Prozent aller Ausstände. Streikfreudiger waren nur noch die Staatsangestellten. Sie waren für 18 Prozent aller Arbeitsniederlegungen verantwortlich. Die Zahlen veröffentlichte das Sozialforschungsinstitut Centro de Estudios Nueva Mayoría.

Malwinenreise

Familienangehörige von Gefallenen des Malwinenkriegs sind vergangenen Samstag zu einem Besuch der Inseln aufgebrochen. Ausser dem Soldatenfriedhof in

Puerto Darwin werden die von einem Priester begleiteten 19 Angehörigen auch die Kriegsschauplätze besichtigen. Die Reise war die 19. seit Ende des Konflikts 1982.

Zivilist Rico

Der frühere Putschist und Malwinenheros Aldo Rico wird zivil. Der von Adolfo Rodríguez Sáa unterstützte Kandidat für das Gouverneursamt der Provinz Buenos Aires, hat sich dagegen ausgesprochen, die Streitkräfte zur Verbrechensbekämpfung einzusetzen. Diese seinen nicht darauf vorbereitet, sagte Rico. Er widersprach

damit einem Vorschlag des Ex-Präsidenten Carlos Menem.

Corach kommt

Carlos Corach ist zurück. Der frühere Innenminister ist von einem langen Aufenthalt in Großbritannien nach Buenos Aires zurückgekehrt. Corach, gaben Mitarbeiter des Politikers bekannt, will sich dem Wahlkampfteam von Carlos Menem anschließen.

Kirchner-Jugend

Jugendliche Anhänger des justizialistischen Präsidentschaftskandidaten Néstor Kirchner haben

sich dafür ausgesprochen, den Grundwarenkorb von der Mehrwertsteuer zu befreien. Die "Jóvenes K" (Kirchner-Jugend) wollen damit zu einer Entlastung der Ärmsten beitragen.

Neuer Erzbischof

Papst Johannes Paul II. hat Bischof Guillermo José Garlatti zum Erzbischof von Bahía Blanca ernannt. Er stand bisher dem Bistum San Rafael vor und wird jetzt Nachfolger des im Juni letzten Jahres in den Ruhestand getretenen Erzbischofs Rómulo García. Der 1940 in Norditalien geborene Garlatti wurde 1964 zum Priester geweiht und war 1994 zum Hilfsbischof von La Plata ernannt worden.

TV-Auftritt

Bei den für Juni geplanten Wahlen für das Amt des Regierungschefs der Bundeshauptstadt ist ein neuer Name ins Spiel gekommen. Gerardo Sofovich, ergrauter Showmaster und Meister der seitlichen TV-Unterhaltung, will gegen den amtierenden Stadregierungschef Aníbal Ibarra (Frente Grande) und den Unternehmer Mauricio Macri (Boca Juniors) antreten. Ibarra hofft auf ein Stimmensplitting zwischen TV-Mann Sofovich und dem in Meinungsumfragen führenden Fußballpräsidenten Macri.

PAMI-AMIA

Mathilde Menéndez, frühere Chefin des Rentnersozialwerks PAMI, hat eine Nacht im Gefängnis verbracht. Grund der Festnah-

me waren nicht die Unregelmäßigkeiten ihrer PAMI-Amtsführung, sondern eine vermutliche Falschaussage im Fall des Attentats auf das jüdische Hilfswerk AMIA 1994. Menéndez damaliger Anwalt Mariano Cúneo Libarona vertrat auch einen der AMIA-Angeklagten. In einem Telefongespräch zwischen Cúneo Libarona und Menéndez sollen Vertraulichkeiten über den Fall ausgetauscht worden sein. Matilde Menéndez leugnete das unter Eid.

De la Sota stellt sich

Kurz bevor die Frist der Wahlbehörde abließ, hat sich José Manuel de la Sota am Donnerstag als Kandidat für die Wiederwahl als Gouverneur in Córdoba aufstellen lassen. De la Sotas Formelpartner

für das Amt des Vizepräsidenten ist sein derzeitiger Finanzminister Juan Schiaretti. Die Justizialistische Partei hält die Formel De la Sota-Schiaretti für die aussichtsreichste bei der Wahl am 8. Juni.

Lebenslänglich für „Floresta-Massaker“

Der pensionierte Polizist Juan de Dios Velaztqui, der im Dezember 2001 in einer Tankstellen-Raststätte im Stadtteil Floresta drei junge Männer erschossen hat, wurde am Montag vom Strafgerichtshof in Buenos Aires zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Der 63-jährige Velaztqui ermordete die drei, weil sie mit Schadenfreude darauf reagiert hatten, dass Demonstranten bei den Unruhen vom Dezember einen Polizisten verprügeln.

16 Präsidentschaftsformeln

Am vergangenen Sonntag ist die Frist für die Einschreibung der Präsidentschaftsformeln abgelaufen, die sich für die landesweiten Wahlen vom 27. April stellen. Zu den bekannten Namen gesellten sich wie üblich mehrere Bewerber der Kategorie „ferner liefern“, die genau wissen, dass sie nicht die geringsten Chancen haben, aber ihr Geltungsbedürfnis befriedigen und sich hierfür in unnütze Spesen stürzen.

Zum ersten Mal stehen sich nicht die Kandidaten zweier Volksparteien gegenüber, sondern zunächst jeweils drei Kandidaten der Justizialisten und drei der Radikalen. Bei letzteren sind Ricardo López Murphy und Elisa Carrió aus der Partei ausgeschieden, wogegen die Justizialisten auf ihre Partei zunächst verzichtet haben, ohne sie zu spalten, indem sie mit gemieteten Allianzen und Parteien in den Wahlfeldzug gehen. Ob sich nach der Wahl die Justizialistische Partei wieder einigt oder endgültig aufgespalten wird, bleibt abzuwarten. Bisher sind die meisten Spaltungen dieser über fünfzigjährigen Volkspartei wieder eingerenkt worden, anders als bei den über 110 Jahre alten Radikalen, wo solche Spaltungen definitiv waren.

Expräsident Carlos Saúl Menem wird mit seinem Formelpartner, der Gouverneur von Salta Juan Carlos Romero, von zwei Parteien aufgestellt, nämlich einmal von einer sogenannten „Front der Treue“ („Frente por la Lealtad“) an Stelle der Justizialistischen Partei, und dann von der Restpartei der UCeDé („Unión del Centro Democrático“), eine Gründung von Alvaro Alsogaray, der seit 1989 gemeinsame Sache mit Menem macht. Diese Partei hat nur noch dem Namen nach einen politischen Stellenwert.

Als Regierungsliebling agiert Santa Cruz-Gouverneur Néstor Kirchner mit dem Tourismussektretär Daniel Scioli als Vizepräsidentschaftskandidat namens einer „Front für den Sieg“ („Frente para la Victoria“) mit aktiver Unterstützung der nationalen Exekutive und der Duhalde-treuen Justizialisten, namentlich in der Provinz Buenos Aires und ihrer parteipolitischen Hochburg in den südlichen und westlichen Bezirken des Gross-Buenos Aires. Diese Politiker verteidigen mit Kirchner eigene Machtpositionen in ihren Bezirken.

Als justizialistischer Aussenseiter präsentiert Exgouverneur von San Luis und vorübergehender Interimspräsident Adolfo Rodríguez Saá mit dem mehrmaligen Bürgermeister von San Isidro Melchor Posse als Formelpartner die dritte Aufsplitterung der Justizialisten unter dem Namen einer „Nationalen und Volkstümlichen Bewegung“ („Movimiento Nacional y Popular“). Eine andere Partei, genannt „Einheit und Freiheit“ („Partido Unión y Libertad“) stellt die gleiche Formel auf. Rodríguez Saá wird von einem Sammelsurium allerlei Politiker aus verschiedenen Lagern unterstützt, darunter prominent der Bürgermeister von San Miguel und Anwärter auf das Gouverneursamt der Provinz Buenos Aires, Aldo Rico, seines Vorzeichens Putschoberst und Malwinenheld. Seine früheren politisierenden Militärkumpanen melden sich mit anderen Parteien.

Ricardo López Murphy, Exradikaler, und der Senator für Salta Ricar-

do Gómez Díez der Erneuerungspartei („Partido Renovador“) sind die echten neuen Gesichter unter den massgebenden Kandidaten. Sie vertreten eine in schwülstiger Umschreibung benannte „Allianz der föderalen Bewegung zur Erneuerung des Wachstums“ („Alianza Movimiento Federal para Recrear el Crecimiento“). Mit einer dermassen komplizierten Bezeichnung für eine neue Partei können gewöhnliche Bürger sicherlich nichts anfangen. López Murphy spricht bürgerliche Wechselwähler sowie Konservative, Radikale und Provinzparteilerner an, die der bekannten Namen überdrüssig sind und auf frischen Wind setzen.

Die Nationaldeputierten Elisa Carrió, Exradikale, und Gustavo Gutiérrez, Parteikonservativer von Mendoza, bilden eine eigenartige Allianz („Alianza Afirmación para una República Igualitaria“ ARI), die sich links und rechts des parteipolitischen Spektrums ansiedeln will, ohne ein klares Profil zu zeigen. Carrió und Gutiérrez wirkten im Vorjahr reichlich medienwirksam in Zusammenhang mit einer parlamentarischen Untersuchung über angebliche Geldwäschereigeschäfte, bei der mit Schimpf und Schande umgegangen wurde, ohne dass sich daraus gerichtsnotorische Folgen ergeben hätten.

Für die Radikale Bürgerunion („Unión Cívica Radical“) melden sich die Senatoren Leopoldo Moreau aus Buenos Aires und Mario Losada aus Misiones nach einer denkbar umstrittenen Internwahl, bei der Senator Terragno den Kürzeren zog. Nach dem Regierungskabakel von UCR-Präsident de la Rúa und der parlamentarischen Allianz mit der jetzigen Duhalde-Regierung wird der radikalen Formel überhaupt keine Siegeschance eingeräumt, auch wenn Moreau nicht müde wird, für eine Zweitwahl am 18. Mai antreten zu wollen, was ihm freilich niemand abnimmt.

Die Wahlen vom 27. April werden von diesen sechs Formeln ausgetragen, während alle anderen mit wenigen Prozenten rechnen können, die nur Stimmen von massgebenden Kandidaten abzweigen.

AUSFLÜGE UND REISEN

Kein Sonnenschein – Geld zurück!

Auch wenn die Porteños häufig über das miese, feuchte Wetter schimpfen mögen – unbestreitbar ist, dass Argentinien im allgemeinen ein Land mit einem unvergleichbar angenehmen Klima ist: in weiten Teilen mäßiger Regen, schwere Unwetter äußerst selten, relativ ausgeglichene Temperaturen und vor allem Sonnenschein satt.

Beispielsweise registrieren die Statistiken für die Cuyo-Region

rund 153 Sonnentage pro Jahr, in Teilen von Catamarca sogar noch mehr. Der sehr hohe Anteil der möglichen Sonnenscheinstunden beträgt in der Puna von Jujuy 78% gegenüber beispielsweise nur 53% in Rom und kaum 37% in Paris.

Dieses wahre Geschenk für Sonnenanbeter hatte schon vor Jahren Hotelbesitzer in San Juan dazu verleitet, den Gästen einen Abschlag zu gewähren, falls an einem Tag die Sonne nicht min-



Die Casa de la Pachamama in Amaicha del Valle.

destens eine Stunde lang scheint; später kam der Brauch außer Mode.

Jetzt aber ist die Sache wieder aufgegriffen worden, und zwar in Amaicha del Valle, Tucumán.

Amaicha liegt in einem Einschnitt zwischen den Cumbres Calchaquies und dem Aconquija-Massiv, oberhalb von Quilmes und Santa María in knapp 2000 Meter Höhe. Durch verschiedene meteorologi-

sche Einflüsse begünstigt, gibt es hier ein geradezu einzigartiges Mikroklima. Laut einer Schautafel auf dem Dorfplatz ist Amaicha von 360 Sonnentagen pro Jahr gesegnet, was dem ewig klaren Himmel von Barreal, (San Juan), Tucson (Arizona), oder der chilenischen Atacama-Wüste nahe kommt.

Diesen Vorteil hat sich Pedro Rojas, ein Tucumaner, der seit 36 Jahren in Amaicha lebt, zunutze gemacht, um für sein kleines Hotel „El Aparcero“ eine attraktive Kundenwerbung zu betreiben: wenn ein Gast an einem Tag die Sonne nicht erblickt, braucht er auch kein Logis zu bezahlen. „Es stimmt schon, hier scheint die Sonne wirklich immer. Nur ein einziges Mal habe ich die Wette verloren, und ausgerechnet logierte an jenem Tag eine zahlreiche Gruppe von Europäern. Aber ich stand zu meinem Wort, obwohl die

Gäste die Rechnung für das Essen natürlich beglichen“, sagt Rojas, der Mitte der 60er Jahre als Chef des Postamtes nach Amaicha kam und sich dort nieder ließ.

Vor wenigen Jahren errichtete hier der einheimische Künstler Héctor Cruz ein labyrinthhaftes Anwesen, dessen Gärten und Gebäude aus zigtausenden verschiedenfarbigen Kieselsteinen errichtet sind – es ist die Casa de la Pachamama, eine Art Zauberschloss und allein für sich schon sehenswert. Tagesausflüge sind von hier zu den Ruinen von Quilmes, Taff, Santa María und verschiedenen archäologischen Fundstätten in der Gegend möglich.

In Amaicha del Valle findet im Februar/März die Fiesta de la Pachamama zu Ehren der Erdenmutter und im August außerdem das Patronatsfest des Sankt Ramón statt.

Marlú

Wenn Hungern als Leistung gilt

Die Organisation ALUBA kämpft gegen die Magersucht

Von Lucía Alfonso

Mariana sitzt am Tisch. Ihre Schwester stellt zwei Muffins und ein Glas Limonade hin. Mariana erzählt ein bisschen über ihre Freunde, die Schule, meist aber schweigt sie. Sie ist 18 und eine begabte Sängerin - auch eine ausgezeichnete Schülerin. Ihre Schwester setzt sich daneben und berührt sie zärtlich. Sie lachen zusammen. Alles sieht ganz normal aus, doch Mariana ist schwerkrank. Sie ist magersüchtig. Sie hat in einem Jahr ungefähr 15 Kilo abgenommen. Ihre Beine sind dürr und ihre Fingernägel brüchig und stumpf. Ihr Haar ist glanzlos und ausgedünnt.

Ihre Schwester Romina ist besorgt. Mariana isst fast nichts, hat kaum Lust, irgendetwas zu unternehmen und ist häufig schlecht gelaunt. Es sind fast zwei Stunden vergangen und Mariana hat knapp einen Muffin gegessen und ein halbes Glas Limo getrunken. „Chau“ verabschiedet sie sich und geht die Treppe nach oben in ihr Zimmer.

Mariana ist seit neun Monaten in Behandlung und zeigt allmählich Zeichen der Besserung. „Was am schwierigsten ist, ist die Vorstellung, die sie von sich hat, zu verändern. Sie guckt sich an und denkt immer noch, dass sie dick ist“, sagt Alicia Bello, Organisatorin von ALUBA (Asociación de Lucha contra Bulimia y Anorexia), einer Vereinigung von Medizinerinnen, Wissenschaftlern und Angehörigen, die sich der Bekämpfung von Ess-Störungen widmet. „Die Magersucht ist keine ernährungsbedingte Krankheit, sondern eine psychische Krankheit. Es sind Störungen der Körperwahrnehmung. Man ist nicht mehr Herr über sich selbst, man wird süchtig nach Gewichtskontrolle, nach Kalorien-Zählen, auch nach dem Spiegel.“

„Ich musste immer weinen, wenn ich meine Schwester sah. Sie war sehr mager und ihre Laune änderte sich plötzlich ohne erkennbaren Grund“, sagt Romina. „Die Situation war schrecklich, meine Eltern schienen nicht zu bemerken, was mit Mariana los war. Ich wusste nicht, ob ich ihnen meine Sorgen zeigen sollte oder nicht, denn ich wollte sie nicht verpetzen“, erzählt Romina. „Ich glaube, meine Eltern fanden es schwer, zu akzeptieren, dass ihre eigene Tochter so ein Problem hatte.“

Erste Anzeichen der Magersucht sind Appetitlosigkeit, Gewichtsverlust und übertriebene Gewichtskontrolle. Die Betroffenen trinken sehr viel Wasser, um das Hungergefühl zu betäuben. Zusätzlich werden Abführmittel und Appetitzügler eingenommen. Meist ist der ganze Tagesablauf bestimmt vom Gedanken an Kalorien, kalorienarme

Nahrung, Gewichtsverlust. „Wenn wir beim Essen waren, hat Mariana plötzlich den Tisch verlassen und ist eine Stunde lang einfach durch die Straßen gejoggt, um die gerade aufgenommenen Kalorien zu verlieren.“

Durch die schnelle Gewichtsabnahme der Magersüchtigen entstehen Stoffwechsellstörungen und der Hormonspiegel ändert sich. Bei Frauen kann die Menstruation ausbleiben.

Das andere Extrem dieser Sucht heißt Bulimie. Es ist die Fress- und Brechsucht. Bulimiker müssen nicht besonders dünn sein, sie können auch ganz normal oder sogar übergewichtig aussehen. Bulimie scheint zu Beginn die perfekte

Lösung zu sein: So viel und so oft essen können, wie man will, ohne zuzunehmen. Doch bald ist man abhängig. Bulimie wird oft als Dä-



Magersucht und Bulimie sind gefährliche Krankheiten, die bis zum Tod führen können.

mon beschrieben, der einen in seiner Gewalt hat und nicht mehr loslässt. Gar nicht so selten sind bei diesen Ess-Störungen Selbstmordversuche, weil die Betroffenen einfach keinen Ausweg mehr finden.

Heutzutage betreffen jede Art von Ess-Störungen mehr als zur Hälfte Mädchen und Frauen zwischen 13 und 20 Jahren. Verständlich, denn in Film, Fernsehen und Werbung regiert der Körperkult. Hyperschlanke Körper werden zum Schönheitsideal. Ständig werden Diät-Produkte, Pillen zum Abnehmen und verschiedene Abnehm-Methoden verkauft. Die Standard-Kleidergrößen verändern sich nach unten. Wenn ein M-Top nicht mehr passt, liegt es in der Regel weniger daran, dass man zugenommen hat.

„Das heutige Schönheitsideal ist nicht gesund“, sagt die Psychologin Alicia Bello. „Die Magersüchtigen versuchen eine Idealfigur zu erreichen, die unmöglich ist. Dafür tun sie alles, auch hungern. Am schwierigsten ist es nicht, sie wieder zum Zunehmen zu bringen, sondern dieses unerreichbare Bild, das sie im Kopf haben, zu zerstören“, erklärt sie das Hauptproblem, das die Psychologen bei der Behandlung von Magersüchtigen haben.

Paula hat schöne blonde Haare, verhält sich selbstbewusst und erzählt freundlich über ihr Leben vor fünf Jahren. Damals war sie schwer magersüchtig, doch inzwischen hat sie die Krankheit fast hinter sich. „Ich wollte immer die perfekte Tochter sein: Keine Probleme machen, immer froh und hilfsbereit sein. Ich habe hohe Ansprüche an mich gestellt, wollte mir keinen Fehler erlauben.“ Paula erzählt, dass sie vorher ihre Gefühle nicht zeigen konnte, auch nicht sagen, was sie bedrückte. Eine Kommunikation mit ihrer Familie existierte kaum.

„Ich fühlte mich weniger wert als andere Frauen, war unzufrieden mit mir selbst. Am Ende mochte ich mich gar nicht mehr, war unfähig, mit meinen Problemen umzugehen, ich hielt mich für völlig nutzlos. Das einzige, wo ich mich sicher gefühlt habe, war mein Körper. Nicht gerade, weil ich mich schön fand, sondern weil ich dachte, es war das einzige, was ich kontrollieren konnte. Plötzlich bin ich extrem besessen geworden: Ich suchte nach der absoluten Perfektion.“

Aber was bedeutete „Perfektion“ für Paula? „Perfekt sein, bedeutete dünn sein“, sagt sie und lacht über ihre damalige Besessenheit. Es verschaffte ihr eine innere Befriedigung, wenn man ihr sagte, sie sei dünner geworden. Sie wurde süchtig, fing an, ganz schnell Gewicht zu verlieren.

„Zwei Kilos abnehmen fand ich einfach. Danach wurde ich immer strenger mit mir selbst, ich wollte fünf, sechs, zehn Kilo abnehmen.“ Angst vor dem Tod hatte Paula nicht, sie hatte Angst vor ihrem Körper. Einmal, gesteht sie, habe sie sich vor ihrem knochigen Aussehen erschreckt. Der heilsame Effekt blieb aus. „Ich habe trotzdem weiter gehungert“, beschreibt sie ihre Reaktion.

Magersucht und Bulimie sind gefährliche Krankheiten, die bis zum Tod führen können. „Das Herz kann einfach aufhören, zu schlagen. Man hat keine Energie mehr“, warnt Fernando Embón, ebenfalls Psychologe und Mitorganisator von ALUBA. Ein frühzeitiges Erkennen und Behandeln der Krankheiten hält er für unerlässlich.

Paulas Haut war trocken, ihr war immer kalt, sie hatte Schlafstörungen und abrupte Stimmungsschwankungen. Sie isolierte sich, wollte niemanden mehr sehen oder ausgehen, verlor ihre Freunde. Die Noten in der Schule wurden schlechter. Paula fing an zu lügen, war aggressiv. „Diese Krankheiten bringen eine Sozialphobie mit sich: Man hat Angst, von den anderen abgelehnt zu werden, deswegen isoliert man sich einfach“, erklärt Alicia Bello.

Trotz rechtzeitigen Erkennens kommt Hilfe häufig zu spät. Nach einer von deutschen Experten durchgeführten Studie kann die Mehrzahl der Magersüchtigen auch durch Psychotherapie und Behandlung nicht geheilt werden. Demnach nimmt jede dritte Magersüchtige nach einer Therapie zwar etwas zu, das Normalgewicht wird aber nicht annähernd erreicht. Bei jeder vierten bleibt das Krankheitsbild auf Dauer bestehen, und jede zehnte stirbt an den Folgen der Magersucht.

Fernando Embón bestätigt diese Zahlen, sieht aber die fast 70-prozentige Heilungschance positiv. „Was jeder Patient erreichen muss, ist, seine Lebensgewohnheiten wieder in Ordnung zu bringen. Damit meine ich Essenszei-

ten wie alltägliche Aktivitäten. Der Organismus muss wieder in Ordnung gebracht werden.“

Die Familie spielt dabei für Embón eine entscheidende Rolle. „Es ist wichtig, dass die Angehörigen die Patienten während der ganzen Behandlung begleiten. Je mehr Unterstützung ein Betroffener hat, desto schneller wird er gesund werden.“

Paula ist nach einem Jahr Krankheit zu ALUBA gekommen. Die Teilnahme an den Selbsthilfegruppen brachten erste Fortschritte. „Mit den anderen Mädchen der Gruppe spricht man eine gemeinsame Sprache. Man benutzt dieselben Codes, man versteht sich. Die anderen brauchen keine Ratschläge, man hilft den anderen, und man fühlt sich nützlich. Langsam lässt man den Zwang hinter sich.“

Paula hat schon zugenommen und ein gesundes Gewicht. Sie glaubt, ihr Leben im Griff zu haben. Sie studiert Innenarchitektur. Seit einem Jahr hat die heute 22-Jährige einen festen Freund - etwas, was ihr vorher undenkbar schien. Sie weiß, dass sie Probleme wie jeder andere Mensch haben wird, dass man Fehler machen kann und dass Perfektion unerreichbar ist. „Manchmal stehe ich morgens auf, ziehe mir ein T-Shirt an und es gefällt mir nicht, wie ich aussehe... Dann lasse ich es trotzdem an und gehe einfach raus. Für die, die mich mögen, spielt es keine Rolle, wie ich aussehe.“

Paula hat inzwischen gelernt, mit den kleinen Rückschlägen und Alltäglichkeiten des Lebens umzugehen. Ihre Gesamtbilanz macht Hoffnung: „Ich kann heute sagen, dass ich ganz zufrieden mit mir bin.“



Pervertiertes Schönheitsideal.

Deutscher Film „Über Nacht“ im Wettbewerb von Mar del Plata

Von Stefanie Huber

Mar del Plata (dpa) - Als erste deutsche Produktion ist der ungewöhnliche Film „Über Nacht“ des Nachwuchsregisseurs Horst Krassa auf dem 18. internationalen Filmfestival im Badeort Mar del Plata gezeigt worden. Krassa tritt mit seinem ersten Kinofilm in der offiziellen Wettbewerbssektion gegen 15 Filme aus der ganzen Welt an. Beim wichtigsten Filmfest Lateinamerikas, das heute zu Ende geht, sind zudem sieben weitere deutsche Filme, darunter eine deutsch-internationale Koproduktion, dabei.

„Über Nacht“ erzählt die Liebesgeschichte von Mathilde (Tai Elshorst), einer jungen Frau, die als Barfrau in einem Club arbeitet, und

Nützliche Internetseiten

www.aluba.org
www.beeppworld.de
www.hungrig-online.de

Pavel (Frank Wünsche), einem Fotografen. Pavel, der seine Freundin dabei erwischt, wie sie ihn betrügt, verliert dadurch den Halt im Leben und schließlich auch seinen Job. Moni (Nina Hecklau), Mathildas Mitbewohnerin, hat unterdessen auf der Suche nach der wahren Liebe einen One-Night-Stand nach dem anderen.

Der Film ist eine Studie über die Bedeutung von Liebe, über Sehnsucht und Einsamkeit in der jungen, hippen und urbanen Welt zwischen Agenturen, Clubs und Single-Apartments. Er kenne diese Welt, sagt Krassa, daher stehe der Film in direkter Verbindung zu eigenen Lebenserfahrungen. Dass der Stil des Films ein spezifisch deutscher sei, glaubt er nicht. Das Publikum in Mar del Plata spendete bei der Premiere aber nur verhaltenen Applaus.

Nur mit Handkamera und ohne Auflösung gedreht, und mit so wenigen Schnitten wie möglich produziert, soll der Film so authentisch wie möglich wirken. "Wir wiederholten die Szenen immer und immer wieder, bis wir sie verinnerlicht hatten. Die Szenen sollten nicht gespielt sein", beschreibt die Protagonistin Tai Elshorst die Dreharbeiten. Die Schauspieler wurden an Theatern ausgesucht und sind bisher weitgehend unbekannt. Auch das Budget war nach Angaben des Regisseurs sehr klein. In Deutschland ist "Über Nacht" bisher nur bei den internationalen Filmtagen Hof 2002 und in der Sektion Deutscher Film auf der Berlinale 2003 gezeigt worden.

Zu den deutschen Filmen in Mar del Plata gehörten - in der Sektion "Die Frau und der Film" - der für den Oscar nominierte Streifen "Nirgendwo in Afrika" von Caroline Link und die deutsch-internationale Koproduktion "Julie Walking Home" von Agnieszka Holland. In der Sparte Dokumentalfenster waren sogar drei deutsche Produktionen



vertreten: "Essen, Schlafen, keine Frauen" von Heiner Stadler, "Tatoo" von Robert Schwentke und "Volver a Vernos/Pinochet's Kinder" von Paula Rodríguez. Letztere ist eine Abschlussarbeit der Dffb, ebenso wie die Filme "Insel der Schildkröte" von Maru Solares und „El Conde Inglés“ von Clara Lopez, die in der Sektion "Was noch kommen wird" vertreten waren.

Das Filmfestival von Mar del Plata ist das einzige des Subkontinents der so genannten A-Klasse, die nur Spitzenfestivals wie Cannes, Berlin oder Venedig vereint. Die in Mar del Plata vertretenen Filme konkurrieren in neun Sektionen um sechs offizielle und fünf inoffizielle Auszeichnungen. Der künstlerische Leiter, Miguel Pereira, bezeichnete die in diesem Jahr gezeigten Werke als allesamt exzellente Filme, die jedoch paradoxerweise zu Filmfesten wie Cannes oder Berlin keinen Zugang hätten. Die Filme selbst seien die Stars des Festivals. "Durch sie sollten wir uns von den übrigen Festivals unterscheiden, schon weil es uns unser Budget von nur rund zwei Millionen Pesos nicht erlaubt, dafür zu zahlen,

dass die großen Stars kommen."

Die Wirtschaftskrise in Argentinien habe jedoch durchaus auch positive Seiten: sie fördere die Kreativität der argentinischen Filmproduktion, so dass trotz allem zahlreiche Werke von hoher Qualität entstünden, sagte Pereira. Dies gilt auch für den Rest des Kontinents: Mit fünf lateinamerikanischen Filmen und einer Sektion speziell für den lateinamerikanischen Film unterstrichen die Organisatoren die Bedeutung der regionalen Filmkultur.

(dpa-Mitarbeiterin Stefanie Huber war vergangenes Jahr Praktikantin im Argentinischen Tageblatt)

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Der frei benannte Dollarkurs betrug Freitag nachmittags \$ 3,15. Die Terminkurse betrugen zum 31.3. \$ 3,16, 30.4. \$ 3,21, 30.5. \$ 3,28, 30.6. \$ 3,36 und 30.7. \$ 3,40.

Der Mervalindex fiel in der Berichtswoche zum Donnerstag um 3,3% auf 563,94, der Burcapindex um 3,4% auf 1.595,55 und **der Börsenindex um 2,8% auf 27.132,11.**

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) stieg in der Berichtswoche um 2,7% auf \$ 1,8541.

Die Gold-, Devisen- und Anlagensparnisse der ZB betrugen am 10.3.03 US\$ 10,30 Mrd., der Banknotenlauf \$ 19,55 Mrd. Eine Woche zuvor waren es US\$ 10,26 Mrd. bzw. \$ 19,02 Mrd., einen Monat zuvor US\$ 9,23 Mrd. bzw. \$ 19,07 Mrd. und ein Jahr zuvor US\$ 13,75 Mrd. bzw. \$ 13,74 Mrd.

Die Lokführergewerkschaft La Fraternidad hat am Mittwoch einen landesweiten Warnstreik durchgeführt. Die Unternehmen haben einen Notstandsdienst aufrecht erhalten. Die

Gewerkschaft fordert eine 41%ige Lohnerhöhung, Vereinheitlichung der Arbeitstage auf höchstens 8 Stunden in diesem Jahr, 7 Stunden 2005 und höchstens 6 Stunden 2005. Die Bewilligung der Regierung zu Tarifanpassungen nach der Abwertung vor einem Jahr stehen noch aus. Die Unternehmen bieten 20% Erhöhung, einschließlich der in den letzten Monaten von der Regierung verfügte Erhöhungen.

Die Regierung hat mit 5 Unternehmen der Molkereiwirtschaft Abkommen unterzeichnet, um die Milchpreise niedrig zu halten. Demnach soll der Milchpreis, teilweise auch der der H-Milch, nicht jedoch der anderer Molkereiprodukte, durch 90 weitere Tage unverändert bleiben. Unterschrieben haben Sancor, Milkaut, Verónica, Molfino (La Paulina) und Williner (Llollay). La Serenísima hat nicht unterzeichnet. Im Gegenzug schafft die Regierung mit Mitteln der Bice Bank eine Treuhand von US\$ 10,7 Mio. um Ausfuhren von Molkereiprodukten vorzufinanzieren. Seit dem 1.3.03 haben einige Firmen ihren Preis um 6% bis 8% erhöht. Dem Statistikamt Indec zufolge ist die Milch seit der Abwertung um 67,9% teurer ge-

worden.

Die Fristgeldanlagen haben im Januar im Vormonatsvergleich um 12% bzw. \$ 2,5 Mrd. zugenommen. Es ist die grösste Zunahme seit Oktober 02, die 28% (\$ 3,24 Mrd.) betragen hatte. Allerdings werden die Anlagefristen immer kürzer, meistens auf 30 Tage. Ursprung der Einlagen sind aus der Einfrierung rückgewonnene Spareinlagen und Zahlungen von Cedrobonds. Die Banken zahlen auf 30 Tage bis zu 19,5% Jahreszins.

Die in den 50er Jahren gegründete Motor- und Fahrradreifenfabrik Imperial Cord, die in den 90er Jahren wegen der Auslandskonkurrenz in Konkurs ging, hat die Fertigung in der ehemaligen Gomytelfabrik in Gualaguaychú, Provinz Entre Rios, wieder aufgenommen. Nach den Konkursen beider Unternehmen hat die Firma Cargual SA die Maschinen von Imperial Cord und die Werkhallen von Gomytel aufgekauft. In diesem Jahr wird eine Produktion von 2,5 Mio. Reifen erwartet.

Die diesjährige Baumwollernte wird die schlechteste der letzten 80 Jahre sein. 04 werden Einfuhren zur Aufrechterhaltung der heimischen Tex-

tilindustrie unerlässlich werden, was sich auf ihre Endpreise niederschlagen wird. 2002/03 wurden nur 60.000 ha mit Baumwolle bepflanzt, um 65% weniger als im Vorjahr.

Die argentinische Repsol YPF Filiale hat 02 \$ 1,79 Mrd., um 87% mehr als im Vorjahr, verdient. Obwohl die Firma für ihre Ausfuhren 20% Exportzoll zahlen musste, waren dieselben für knapp US\$ 2,1 Mrd. für das gute Ergebnis ausschlaggebend.

Edenor, das mehrheitlich Electricite de France gehörende Stromverteilungsunternehmen im Nordgebiet von Gross Buenos Aires, hatte 02 einen Rekordverlust von \$ 586,9 Mio. Als Ursache wurden die Abwertung und die Tarifeinfrierung genannt. Im Vorjahr hatte das Unternehmen \$ 93,20 Mio. Gewinn erwirtschaftet.

ZU VERMIETEN
ALQUILERES OFRECIDOS

ZENTRUM, Sarmiento 1462, 9. „C“, 2 Wohnräume, hervorragender Zustand. Alles inklusive US\$ 150,- 4311-9336 14/18 Uhr.

Verhandlungen mit den USA

Bei den Besprechungen des argentinischen Vizeausenministers Martin Redrado mit dem US-Vizehandelsminister Peter Allgeier in Washington über weitere Öffnungen des US-Marktes für argentinische Ausfuhren, konnten einige Fortschritte gemacht werden.

Unter diesen Fortschritten sind folgende von Bedeutung:

- Die USA haben sich bereit erklärt, die argentinischen Ansuchen auf die Erweiterung der Vorzugsliste für Nullzoll-Einfuhren einer wohlwollenden Prüfung zu unterziehen. Argentinien legt besonderen Wert auf die Einbeziehung von Erzeugnissen, die für seine Regionalwirtschaft von Bedeutung sind, wie Harze, Eisenlegierungen, Erdnüsse, harte Käsesorten, Dulce de Leche und Zitronensaft. Vizeminister Redrado rechnet mit einer US-Antwort innerhalb von zehn Tagen.

- Bei Stahl wurde angesucht, dass Argentinien von den Einfuhrbeschränkungen der USA für entwickelte Länder ausgeklammert wird. Auch hier wird über die Aufnahme in die Vorzugsliste verhandelt.

- Es wurde eine grössere Lockernbereitschaft des seit Februar 2001 für Argentinien geschlossenen US-Fleischmarktes erreicht. Eine Delegation des US-Tiergesundheitsdienstes wird in Kürze argentinische Schlachthöfe besuchen. Argentinien erwartet eine Marktöffnung in wenigen Monaten. Bei gekochtem Rindfleisch, das nach den USA ausgeführt werden kann, wird die Vergrößerung der Ausfuhren um etwa US\$ 50 Mio. angestrebt.

- Bei den Verhandlungen über die ALCA-Freizone wurden kaum Fortschritte gemacht, doch haben sich die USA bereit erklärt, die Vorschläge des Mercosur zu prüfen.

- Für die Honigausfuhren wurde erreicht, dass die USA ihre Antidumpingpolitik revidieren werden.

Nach seiner Ankunft aus Washington erklärte Vizeausenminister Redrado, dass seit der Anwendung der Vorzugsliste im September 02 die argentinischen Ausfuhren in die USA um 23% zugenommen haben.

Die Erdbeer-, Heidelbeer- (Blau-beer) und Himbeerausfuhren erreichten 02 2.800 t für US\$ 5,6 Mio. Das waren um 145% mehr als im Vorjahr. Hauptabnehmer waren die USA.

Wirtschaftsminister Lavagna beginnt morgen eine einwöchige Besuchsreise. Die erste Etappe ist New York, wo er u.a. vor der American Society einen Vortrag halten wird. Anschließend fährt er nach Frankreich und Deutschland, um sich für die Unterstützung beim IWF zu bedanken und schliesslich nach Mailand, um an der Jahresversammlung der Interamerikanischen Entwicklungsbank (BID) teilzunehmen.

Im Februar waren die Einfuhren aus Brasilien um 99,2% grösser als im gleichen Vorjahresmonat und um 14,5% grösser als im Vormonat. Wie das CEB (Centro de Estudios Bonaerenses) weiter bekanntgab, betrogen die argentinischen Ausfuhren nach Brasilien im Februar US\$ 420 Mio. gegen US\$ 427 Mio. im Januar und US\$ 414,2 Mio. im Februar 02.

Die Öffnung der Umschläge für die Ausschreibung des 124 km langen Aquäduktes nach Puerto San Julián, Provinz Santa Cruz, brachte unerwartete Ergebnisse. Bei einem amtlichen Kostenvoranschlag von rd. \$ 50 Mio. forderte die Gruppe Esuco, Gotti Hermanos und JCR Srl. \$ 59,74 Mio., Techint \$ 67,06 Mio. mit einem Zweitangebot für \$ 66,34 Mio., die Vereinigung der Firmen SADE und Skanska (Schweden) \$ 58,98 Mio. und Dycasa \$ 42,62 Mio. mit Gutschriften,

die den Endpreis auf \$ 39,77 Mio. bringen können.

Durch Dekret 514/03 (Amtsblatt vom 10.3.03) wurde der Artikel 1 des Gesetzes 25.674 reglementiert, der bestimmt, dass bei Verhandlungen über Gesamtarbeitsverträge, sich in der Vertretung der Arbeitnehmer so viele Frauen befinden müssen, wie sie verhältnismässig in der entsprechenden Branche oder im Unternehmen tätig sind. Dabei wird 30% als

Rojo dixit

Wie Pablo Rojo, Mitglied des Wirtschaftsberaterenteams des Präsidentschaftskandidaten Carlos Menem, der Presse bekanntgab, beabsichtige Menem drei Gesetzesvorlagen einzubringen, mit denen das Steuersystem und die Beteiligungen der Provinzen an den Nationalsteuern geändert, sowie eine neue Form der Konvertibilität geschaffen werden sollen, damit Argentiniens Finanzen und Aussenhandel wieder am Weltgeschehen teilhaben können.

Man würde die grösstmögliche Stabilität des Wechselkurses anstreben, ohne jedoch eine feste Konvertibilität einzuführen. Allerdings würde die ZB nicht befähigt werden, Pesos auszugeben, ohne über die notwendige Dollardeckung zu verfügen.

Die Steuerreform würde darauf abzielen, die Arbeitgeberbeiträge abzuschaffen um derart die Entlohnungen der Arbeitnehmer zu erhöhen und die Mehrwertsteuer schrittweise bis auf 15% zu verringern. Die letzte der unsinnigen Steuern, die Einbehalten auf Ausfuhren, würden bis zu ihrer endgültigen Abschaffung um 5% jährlich verringert werden.

Die Schecksteuer, die Besteuerung der Giro- und Sparkassenbewegungen, soll eine Anzahlung auf die Mehrwert- und Gewinnsteuern werden, die ihrerseits so geändert werden sollen, dass alle verbrauchten Gewinne besteuert werden, mit der Ausnahme langfristiger, im Land angelegter Ersparnisse.

Es müsste eine ständige politische Auflage werden, im Haushalt ständig einen Primärüberschuss von mehr als 3,5 Punkten zu erzielen, um die Verhandlungen über die Aussenschuld zu erleichtern und die Wiedereingliederung Argentiniens in die Weltwirtschaft zu ermöglichen. Die grosse Herausforderung werde sein, die Ausgaben der Öffentlichen Hand auf einer in Nennwerten stabilen Grössenordnung zu halten.

Darüber hinaus sollen die Gesundheits- und Erziehungsdienste dezentralisiert und jedes Fiskaldefizit des Staates, der Provinzen oder der Gemeinden verboten werden.

die Mindestbeteiligung festgesetzt, womit weibliche Arbeitskräfte gelegentlich überrepräsentiert sein werden. Das Dekret sieht vor, dass bei Verhandlungen die Gewerkschaften eine eidesstattliche Erklärungen über die Unterhändler beim Arbeitsministerium abgeben müssen, so dass die Einhaltung der Norm über weibliche Beteiligung kontrolliert werden kann.

Durch Beschluss 1462 Der AFIP

(Amtsblatt vom 11.3.03) wurde Einheitssteuerzahlern („monotributistas“), die nachweisen, dass sie ihre Steuern nicht termingemäss zahlen konnten und deswegen Schulden angesammelt haben, die Möglichkeit gewährt, sie in bis zu 12 Monatsraten zu zahlen. Wenn es sich um Schulden handelt, die schon vor Gericht eingeklagt worden sind, wird die AFIP die Aufhebung von Beschlagnahmungen u.a. Massnahmen fordern. Als

Nueva Línea de Heladeras y Freezers

KOH-I-NOOR

Dynamic System



Ahora, la nueva línea de heladeras **KOH-I-NOOR Dynamic System** viene con un novedoso sistema de enfriamiento dinámico, que genera:

- ✓ **frío homogéneo** en toda la heladera
- ✓ **la humedad justa** que los alimentos necesitan para estar frescos por más tiempo
- ✓ **una eficaz recuperación del frío** ante reiteradas aperturas de la puerta

FRIO INTELIGENTE DE VERDAD !!

(011) 4730-0011

CENTRO
KOH-I-NOOR
DE INFORMACIÓN
Y ASesoramiento
AL USUARIO.

Fabrica AUTOSAL S.A. con licencia de LIEBHERR-HAUSGERÄTE GMBH Alemania
Oficina central: Echeverría 930 (B1604AB) Florida. Provincia de Buenos Aires. Argentina. Tel: 4730-0011 Fax: 4730-0800.
Planta industrial: Prof. Francisco Hamann 123 Villa Mercedes (D5732FYC). San Luis. Argentina. www.kohinoor.com.ar

ecológico
asociación libre de CRC

fabricación
nacional

Neue ZB-Normen für Finanzhilfen an Banken

Die argentinische Zentralbank hat die neuen Bestimmungen über Finanzhilfen für in Liquiditätsschwierigkeiten geratene Banken in ihrer Mitteilung A 3.892 bekannt gegeben. Die in dem Absichtsbrief mit dem IWF angeführten Normen waren bereits für Mitte Februar vorgesehen und wurden jetzt herausgegeben, da befürchtet wurde, dass das Urteil des Obersten Gerichtshofes über die Dollareinlage der Provinz San Luis eine Reihe von Schutzrekursen auslösen könnte, die die Banken zu massiven Auszahlungen, mit sich daraus ergebenden möglichen Liquiditätsschwierigkeiten, zwingen würden.

Die neuen Rahmenbedingungen sollen der Zentralbank gestatten, die Hilfeleistungen an die Banken innerhalb des Finanzprogramms umzusetzen, das dafür im ganzen Jahr 2003 eine Obergrenze von \$ 1,32 Mrd. festgelegt hat. Die Zentralbank betont, dass die durch das Abkommen mit den IWF bedingten Massnahmen in keiner Beziehung zum Urteil des Obersten Gerichtshofes stehen. Am Platz wird jedoch darauf hingewiesen, dass die neuen Normen die freie Entscheidung der ZB-Behörde einschränken, wenn sich künftig durch Schutzrekurse bedeutende Geldentnahmen und dadurch Liquiditätsschwierigkeiten in Finanzanstalten ergeben.

Die wichtigste Änderung besteht in der Festlegung der Voraussetzungen unter denen Banken um Finanzhilfe ansuchen können. In erster Linie dürfen die Banken ein Liquiditätsverhältnis von 25% nicht überschreiten. Dieses Verhältnis wird durch den Stand der flüssigen Mittel (vorhandenes Bargeld, Einlagen bei der ZB usw.) und den Besitz von Lebacwechseln, gegen die Sichteinlagen plus 30% der in den nächsten 10 Arbeitstagen fälligen Einlagen am Tag des Unterstützungsansuchens, errechnet.

Ausserdem wird in den neuen Bestimmungen der Höchstbetrag festgelegt, den jede Bank erhalten kann. Es muss der geringste der Folgenden sein: 1) Der von der Bank geforderte Betrag; 2) Der Betrag der das Liquiditätsverhältnis auf 35% anhebt. 3) Der Depositenschwund im letzten Monat und 4) 20% des im Finanzprogramm für den Monat vorgesehenen Unterstützungsbetrages.

Der von dem Finanzinstitut angeforderte Unterstützungsbetrag kann das Nettovermögen desselben überschreiten. In diesen Fällen bleiben die Bedingungen der Mitteilung A 3.748, unter denen diese Überschreitung gestattet wird, weiter in Kraft. Es wird vorausgesetzt dass die Aktionäre oder Stammhäuser des Antragstellers durch neue Mittel die Beträge verfügbar machen, um die das Eigenvermögen überschritten wurde.

Bezüglich der Zinssätze für die Unterstützungsgelder wurden keine wesentlichen Änderungen verfügt. Sie werden 1,2 mal den Lebaczinssatz in Pesos für die kürzeste Laufzeit der letzten Ausschreibung vor der Hilfeleistung betragen. Auch die Fristen für die Finanzunterstützungen blieben unverändert: 90 Tage mit möglichen, gleichlangen Fristverlängerungen.

Nach drei Jahren, ohne Rediskonte gewährt haben zu müssen, hat die im August 2001 begonnene Depositenflucht die Zentralbank gezwungen, dieses Hilfsmittel wieder einzusetzen. Allein im letzten Quartal 2001 wurden \$ 4,13 Mrd. gewährt. In den nächsten acht Monaten wurde davon ständig Gebrauch gemacht. Die im September 2002 beginnende, nicht erwartete Zunahme der Einlagen, gab den Banken genügend Liquidität, um die Unterstützung der ZB nicht mehr zu benötigen.

Anzahlung muss auf alle Fälle die älteste geschuldete Monatsrate gezahlt werden.

Über hundert Unternehmen haben der AFIP ihre Gewinnsteuerklärungen mit der Wertberichtigung eingereicht, die im Titel VI des Gewinnsteuergesetzes vorgesehen ist, der durch Artikel 39 des Gesetzes 24.073 provisorisch aufgehoben, aber nicht ausser Kraft gesetzt worden ist. Immer mehr Richter geben den Schutzrekursen der Steuerpflichtigen statt. Richter Guillermo Rossi hat unlängst einer Klage wegen Verfassungswidrigkeit der Nichtanwendung der Inflationsberichtigung stattgegeben, die

von der firma Siderca (Techint-Konzern) eingereicht worden war. Es wird allgemein angenommen, dass diese Fälle schliesslich vom Obersten Gerichtshof entschieden werden, sofern der Kongress die Inflationsberichtigung nicht vorher wieder einführt, wie es zahlreiche Deputierte und Senatoren befürworten.

Im Fall einer Schuld von einer in Dollar abgeschlossenen Miete, die vor der Pesifizierung entstand, hat ein Gericht 2. Instanz entschieden, dass der Betrag 1:1 in Pesos zu zahlen sei. Die vorgeschriebene Pesifizierung sei auf alle in Dollar fälligen Beträge ausserhalb des Finanzsystems

Neue Lockerung der Devisenbewirtschaftung

Die Zentralbank hat weitere Massnahmen zur Lockerung der Devisenbewirtschaftung bekannt gegeben. Die Höchstgrenze für den Kauf von Devisen wurde von US\$ 150.000 auf US\$ 200.000 erweitert. Argentinische Finanzanstalten sind nun ermächtigt, fällige Schulden aus abgelaufenen Fristverträgen zu bezahlen, vorausgesetzt dass der Gläubiger nicht ihr Stammhaus ist. Ist der Gläubiger das Stammhaus oder eine seiner Filialen, muss unmittelbar eine neue Finanzierung in der gleichen Höhe auf mindestens drei Jahre erfolgen. Wenn die Finanzanstalt Schulden aus Unterstüzungen hat, die vor der Zahlung gewährt wurden, müssen diese Schulden vorerst beglichen werden.

Auch für die Zahlungen von Schulden an das Ausland wurden Erleichterungen geschaffen. Ab nun und bis zum 15.4.03 können Anzahlungen für Einfuhren geleistet werden. Für bereits überfällige Schulden kann monatlich bis zu US\$ 1 Mio. ohne vorherige Zentralbankgenehmigung überwiesen werden. Desgleichen ist für die Zahlung von Schulden, die am 31.12.01 bis zu US\$ 3 Mio. betragen, keine Zentralbankgenehmigung erforderlich.

anzuwenden, auch im Fall geschuldeter Mieten. Angesichts verschiedener Rechtsauffassungen wird der Oberste Gerichtshof mutmasslich das letzte Wort haben.

Die Zementfabrik Minetti, die der Schweizer Holcim (früher Holderbank) gehört, hat 02 mit einem Verlust von \$ 443,2 Mio. abgeschlossen. Trotz des Verlustes betrage das Nettovermögen des Unternehmens \$ 206,8 Mio.

Die britische BAT (British American Tobacco), die 95,8% des Tabakunternehmens Nobleza Piccardo besitzt hat eine aussergewöhnliche Versammlung der argentinischen Filiale einberufen. An ihr soll die Zurückziehung der Aktien von der Börse beschlossen werden.

IWF-Generaldirektor Köhler hob die Erfolge bei der Wirtschaftsstabilisierung Argentiniens hervor. Allerdings sei die Lage weiter kritisch und Argentinien müsse ein globales, langfristiges Wirtschaftsprogramm entwickeln. Durch die Argentinienkrise sei das Wirtschaftswachstum ganz Lateinamerikas um 0,5% zurückgegangen.

Molinos Rio de la Plata, das grösste Nahrungsmittelunternehmen Argentiniens, hat 02 zum ersten Mal in 4 Jahren wieder rote Zahlen geschrieben. Es ist auch das erste Mal, seit die Pérez Compangruppe die Firma mit einem Mehrheitspaket von 63,71% führt. Durch die Abwertung und Rückstellungen für Steuerzahlungen hat Molinos im Vorjahr \$ 84,29 Mio., davon alleine durch die Abwertung \$ 69,6 Mio., Verlust erwirtschaftet. Ein Jahr zuvor wurden noch \$ 52,9 Mio. Gewinn erzielt. Die Ausfuhren von Molinos konnten 02 auf \$ 1,02 Mrd., 51% des Gesamtumsatzes, dreifach werden.

Durch Beschluss 53/03 des Sekretariates für juristische und Verwaltungsangelegenheiten des Präsidialamtes (Amtsblatt vom 13.03.03)

wurden der Leitung des staatlichen Rückversicherungsinstitutes INDeR, das sich seit 1992 im Liquidationszustand befindet, Anweisungen erteilt, so dass bei der Berechnung der zu zahlenden Summen die Zinsen hinzugefügt werden, wobei der passive Zinssatz der ZB genommen wird, der zwischen dem 31.3.97 und dem letzten Tag des Monats vor der effektiven Zahlungen bestand. Die INDeR-Liquidierung wurde durch Dekret 1061/99 der Menem-Regierung verfügt, wobei alles fertig war, um sie kurzfristig abzuschliessen. Wirtschaftsminister Roque Fernández verschlammte den Fall, so dass die effektive Liquidierung auf die Regierung De la Rúa übergang, die alles von neuem begann, wobei die Prozesse gegen das INDeR, die aufgehoben worden waren, wieder in Gang gesetzt wurden und die Liquidierung bis heute nicht vollendet werden konnte, was bedeutet, dass die laufenden Ausgaben des INDeR weiter laufen. Die Liquidierung wird mit dem neuen Beschluss auch nicht beendet.

Durch Beschluss 2804/03 der Aufsichtsbehörde für die Gaswirtschaft Enargas (Amtsblatt vom 13.3.03) wurde den Unternehmern der Branche gestattet, die Steuer auf Gutschriften und Belastungen von Giro- und Sparkonten auf die Tarife abzuwälzen.

Durch Beschluss 158/03 des Wirtschaftsministeriums (Amtsblatt vom 13.3.03) wurde bestimmt, dass die Zahlung von Zinsen und Amortisationen der Staatsschulden, die vor dem 31.12.01 bestanden, hinausgeschoben werden, bis die Refinanzierung vollendet ist, oder während des bestehenden Rechnungsjahres, wenn die Refinanzierung bis zum Jahresende nicht fertig ist. Dabei werden zahlreiche Ausnahmen verfügt: Rentnerbonds (Bocon), die sich in Händen der ursprünglichen Empfänger befinden, Konsolidierungsbonds, bei denen bestimmte Bedingungen erfüllt werden, u.a.

Die lokalen Luftfahrtgesellschaften fordern eine Verbilligung des Flugbezins für 90 Tage (58 Dollar-cent je Liter), um weiter bestehen zu können. Die Lage sei derart kritisch, dass die Gefahr bestehe, dass nur noch Aerolineas Argentinas den Binneneverkehr bediene.

Finanzsekretär Guillermo Nielsen unterhielt sich in Tokio mit 1310 japanischen Inhabern von argentinischen Staatspapieren, die vom Default betroffen sind, die Sinsgesamt einen Nennwert von US\$ 2,7 Mrd. ausmachen. Nachdem er einen Kapitalschnitt, eine Zinsenkung und eine Streckung der Amortisationsfrist in Aussicht stellte, erhielt er u.a. den Antrag, Argentinien solle Ländereien verkaufen und die Staatsschuld zu zahlen, wie es Russland seinerzeit mit Alaska getan hätte.

Nach einem langen Tauziehen seit 1998 hat das Immobilienunternehmen Irsa seine 31%ige Beteiligung am Skiressort Las Leñas der malaysisch-britischen Walbrook verkauft, die nun 97% desselben hält. Gleichzeitig verkaufte ihr Irsa auch das 5-Sternehotel Piscis, das sie im Juni 02 um US\$ 1,25 Mio. erworben hatte. Preise wurden nicht genannt. Das Ski-gebiet von Las Leñas ist 228.000 ha gross, davon entfallen auf das Skiresort 17.000 ha.

Im Juli wird die Fertigung des Gol, des 1996/2000 meistverkauften Pkw, im argentinischen VW-Werk auslaufen. In Brasilien wird er weiter gefertigt. In Argentinien soll die Produktion auf den Polo Classic und den Caddy für den Binnen- und Auslandsmarkt konzentriert werden. Damit werden in Argentinien in diesem Jahr von 20 Kfz-Modellen 6 aufgegeben. Es sind der Polo, Seat Córdoba, Ford Escort, Renault Traffic und die Peugeot 405 und 306. Neu kommt nur der Peugeot 307 dazu.

Die mexikanische Brotfabrik Bimbo will in diesem Jahr mit Investitionen von US\$ 200 Mio. expandieren. Es wird angenommen dass sie die zur Exxel Group gehörende und ab Juni 02 im Rahmen eines Konkursantrages von einer Treuhänder unter der Federführung der Deutschen Bank verwaltete Brotfabrik Fargo im Visier hat. Fargo schuldet US\$ 120 Mio. durch Obligationen, US\$ 30 Mio. an Banken, und US\$ 5 Mio. an Lieferanten. Im Vorjahr hatte Fargo \$ 508,3 Mio. Verlust gehabt und ein negatives Nettovermögen von \$ 457,7 Mio. ausgewiesen. Der Verlust im Jahr 01 hatte \$ 58 Mio. betragen.

Das Abgeordnetenhaus hat das Präsidentensveto gegen das Zuckergesetz mit 189 gegen 2 Stimmen zurückgewiesen. **Damit bleibt der Einfuhrzoll für Zucker, auch aus dem Mercosur, von 20% weiter bestehen.**

Die ZB hat im Parlament eine

Gesetzesvorlage mit Änderungen des Gesetzes über Finanzanstalten und der ZB-Statuten eingebracht. Die Änderungen, die im Abkommen mit dem IWF enthalten sind, soll den Rechtsschutz der ZB-Leitung bei Liquidierungen von Banken verbessern und damit die Flexibilisierung dieser Liquidierungen gestatten.

Das Parlament hat 2 der im IWF-Abkommen vorgesehenen Gesetze verabschiedet. Durch eines wird, allerdings nur bis Jahresende, auf Ausfuhrrückerstattungen die Gewinnsteuer berechnet und durch das andere werden die von Wirtschaftsminister Cavallo eingeführten sogenannten Konkurrenzfähigkeitspläne abgeschafft. Es verblieb davon nur die Abschaffung der Doppelbesteuerung der Kommunikationsmedien durch die Abgaben an das Comfer (Comité Federal de Radiodifusión) und die MwSt. Das Gesetz über die Änderung des festen Kraftstoff-Steuersatzes in einen Prozentsatz steht noch aus. Die Wirtschaftsführung rechnet durch die Gesetze mit Mehreinnahmen von \$ 600 Mio. im Jahr.

Das Arbeitsministerium besteht auf Verhandlungen über Lohn- und Gehaltserhöhungen und die Verlängerung der verdoppelten Entschädigung bei Entlassungen, die am 20.3. abläuft. Gespräche zwischen Gewerkschafts- und Unternehmervertretungen, die angesichts der Krise Erhöhungen und die Verlängerung der doppelten Entschädigung als undurchführbar betrachten, wurden vom Ministerium bereits einberufen. Der Gewerkschaftsverband fordert die Einbeziehung der ausserartificialen \$ 150 in den Grundlohn und zusätzliche Erhöhungen. Andere Gewerkschaftsvertreter fordern die Erhöhung des Mindestlohnes von \$ 200 auf \$ 500. Das Ministerium will die Erhöhung auf die Eingliederung der \$ 150 beschränken, was einer Erhöhung des Mindestlohnes von 7% entspricht.

Das Produktionsministerium will über den Fonds für Kleinst-, kleine und mittelständische Unternehmen (Fonapyme) eine neue Kreditlinie von \$ 40 Mio. in Gang setzen. Sie soll zu Jahresmitte auf die im Haushaltsplan vorgesehenen \$ 80 Mio. erhöht werden und Infrastrukturvorhaben, dem Kauf von Maschinen und Technologie und der Schaffung von Arbeitskapital dienen. Die Zinssätze sollen die Hälfte der von der Banco de la Nación berechneten betragen. Die Darlehen sollen bei Unternehmen \$ 5.000 bis \$ 200.000 und bei Gemeinschaftsvorhaben \$ 5.000 bis \$ 300.000 betragen, die Termine 3 Jahre mit 1 Jahr Karenz. Kreditansuchen können bis zum 21.4.03 bei den jeweiligen regionalen Entwicklungsagenturen der Provinzen gestellt werden.

Die Premium-Bierbrauerei Isenbeck hat einen von Quilmes angestregten Prozess gewonnen. Es ging um eine Werbung bei dem eine brasi-

Las Heras dixit

Der Chef-Wirtschaftsberater und Wirtschaftsministerkandidat des Anwärters auf die Präsidentschaft, Gouverneur Néstor Kirchner, José María Las Heras, hat der Presse Erklärungen über die Wirtschaftspläne gegeben, die im Fall eines Sieges seines Kandidaten umgesetzt werden sollen. Sie suchten den ersten, von Kirchner in scharfen Tönen vorgebrachten Absichten, wie die Verstaatlichung von Dienstleistungen usw. einen betont gemässigten Anstrich zu geben.

Las Heras war 1998, zu Beginn der Amtszeit von Gouverneur De la Sota, Wirtschaftsminister der Provinz Córdoba.

Eine Rückdollarisierung der Bankeinlagen mit Zwangsbonds käme nicht in Frage, da sie die gesamte argentinische Gesellschaft belasten würde, denn die notwendigen Mittel müssten über kurz oder lang durch Steuern eingetrieben werden. Das Beste wäre, die Konteninhaber durch ein Prämiensystem zu veranlassen, ihr Geld im Kreditsystem zu belassen, das verstärkt in den Dienst der Produktion, des Wirtschaftswachstums und der Steigerung der Ausfuhr gebracht werden soll.

Ein ausgeglichener Haushalt, mit einem Primärüberschuss (vor Zinsen und Kapitalamortisationen) von 3-4% sei von grundlegender Bedeutung. Deshalb seien auch Steuersenkungen, wie er sie in seiner Amtszeit in Córdoba durchgeführt hat, vorerst nicht möglich. Sie würde sehr langsam erfolgen und die Hinterziehung müsse durch eine verstärkte Umleitung des Geldverkehrs über die Banken bekämpft werden. Der Dollarkurs müsse realistisch sein, mit geringen Eingriffen seitens der Zentralbank, und im Dienste der Produktion stehen. Die Zentralbank müsse unabhängig sein, doch im Dienst der Produktion handeln.

Die in Default befindlichen Kapitalschulden müssten ordnungsgemäss bezahlt werden; bei den Zinsen würde er jedoch einen Abschlag anstreben, der die geschuldeten Beträge um 50-60% verringern würde. Es würde weder eine Dollarisierung noch eine Vielfalt von Währungen geben. Er sei für eine einzige nationale Währung, die in eine Mercosurwährung übergehen soll.

Las Heras wies kategorisch zurück, dass Kirchner Staatsunternehmen im Sinn habe. Die Einhaltung der Auflagen der Konzessionsverträge der öffentlichen Dienstleistungsbetriebe müsse gefordert und kontrolliert werden. Konzessionäre, die die Bedingungen nicht erfüllen, müssten ihre Konzessionen aufgeben.

lianische Fahne mit einem nicht lesbaren Metalldeckel einer Flasche Quilmesbier in der Mitte zu sehen war. Die Werbung machte sich darüber lustig, dass Quilmes, nach der Übernahme durch AmBev eine brasilianische Firma, Sponsor der argentinischen Nationalmannschaft sei. Die Strafanzeige wegen ungebührlicher Verwendung einer Schutzmarke wurde vom Gericht zurückgewiesen.

Jürgen Paulmann, Bruder von Horst, dem erfolgreichen Inhaber der Unicenter Shoppings und der Supermarktketten Jumbo und Easy sucht in Argentinien ebenfalls Erfolg. Seine Fluggesellschaft Sky Airlines, in Chile die Konkurrentin von Lan, die er mit seinem chilenischen Partner Fernando Uauy betreibt, wird in Kürze auch Argentinien anfliegen. Jürgen Paulmann ist auch in der Lebensmittelbranche mit Niederlassungen in Peru, Ecuador, Mexiko und Kuba tätig, die auf Brasilien und die USA ausgedehnt werden sollen.

Ein Mailänder Gericht hat einen Pfändungsantrag von 75 Inhabern argentinischer Bonds gegen den argentinischen Staat zurückgewiesen. Das italienische Gericht sei für Notstandsmassnahmen der argentinischen Regierung, wie die Zahlungseinstellung der Aussenschuld, nicht zuständig, da sie eine souveräne Handlung

des Staates sei.

Pecom, das Erdölunternehmen der Pérez Compangruppe hat 02 \$ 1,19 Mrd. Verlust erlitten. Im letzten Quartal waren es \$ 108 Mio. gewesen. Als Ursache wurde die Entwertung der Aktiven durch die Abwertung und die Einfrierung der Gas- und Strompreise angegeben.

Die Regierung der Provinz La Pampa wil den argentinischen Staat wegen unrichtiger Abrechnungen ihrer Erdöltantiemen seit 1992 um \$ 25 Mio. verklagen. Die Klage soll beim Obersten Gerichtshof eingebracht werden.

Nachdem die Deputiertenkammer am Mittwoch das Gesetzesprojekt verabschiedet hat, durch das die Zahlung des Förderungszusatzes für Lehrer („incentivo docente“) für 02 und 03 mit dem Überschuss der Steuer auf Bankkontenbewegungen gezahlt werden soll, hat auch der Senat am Donnerstag zugestimmt, so dass das parlamentarische Verfahren beendet wurde. Die Einnahmen der Steuer wurden im Haushaltsgesetz für 03 auf \$ 6,29 Mrd. veranschlagt, wobei es zweifelhaft ist, ob sich ein Überschuss ergibt, der bei \$ 1,5 Mrd. liegen müsste. Im Januar 03 betrug die Einnahmen durch diese Steuer nur \$ 394,7 Mio., so dass über

\$ 100 Mio. fehlen, um das Plansoll zu erreichen. Die verpflichteten Zahlungen stellen \$ 726 Mio. für 02 und \$ 750 Mio. für 03 dar. Wenn der Überschuss nicht ausreicht, wird hier der nächsten Regierung ein Problem aufgedrückt, das zu einem neuen Lehrerkonflikt führen könnte.

Hughes Electronics, Besitzerin des Satelliten-Fernsehdienstes DirecTV, gab bekannt, dass die argentinische Clarín-Gruppe die Verkaufsoption ihrer 4%igen Beteiligung an DirecTV Latin America für US\$ 195 Mio. beschleunigen würde.

Im November 2000 hatte die Clarín-Gruppe ihre 51% an dem hiesigen Satellitendienst Galaxy Entertainment Argentina für 4% am lateinamerikanischen Stammhaus eingetauscht, sich jedoch vorbehalten, dass Hughes diesen Anteil auf Antrag im November 03 übernehmen muss.

Das Tonträgergeschäft Musimundo, das zur Zeit von den Citi und Galicia Banken verwaltet wird, hat im gerichtlichen Vergleichsverfahren den Gläubigern einen 60%igen Abschlag seiner Schuld von \$ 152 Mio. geboten. Die restlichen 40% sollen in 15 Jahren, inflationsgeschützt und mit einem Jahreszins von 5% bis 10%, bezahlt werden. 60% der Gläubiger, über 300 von insgesamt 500, die 79% der Schuld vertreten, haben zugestimmt. Von den \$ 152 Mio. werden \$ 110 Mio. den Citi-, Galicia-, Societe Generale- und Rio Banken geschuldet und \$ 28 Mio. den Tonträ-

germarken Universal, Warner, Sony, BMG und Emi.

Sipetrol Argentina, die argentinische Filiale des chilenischen staatlichen Erdölunternehmens Enap will im Juni die Erschliessungsarbeiten der Offshore-Gaslager Poseidon vor der feuerländischen Küste beginnen. Sipetrol ist dort Betreiber und zu gleichen Teilen Partner von Repsol-YPF. Das gewonnene Gas soll an den chilenischen Cabo Negro Industriepark, 28 km von Punta Arenas, geliefert werden.

Der in- und ausländische Fremdenverkehr hat hier in der Saison 02/03 \$ 2,5 Mrd. ausgegeben. Damit war diese Saison mit insgesamt 12 Mio. Touristen, die erfolgreichste der letzten 12 Jahre.

Bei der Ausschreibung vom Donnerstag der ZB-Lebacwechsel wurden auf 33 Tage \$ 72 Mio. aufgenommen. Lebac auf 63, 91 und 182 Tage fanden keine Interessenten. Für alle anderen Laufzeiten konnten insgesamt \$ 24 Mio. aufgenommen werden. Die Zinssätze blieben unverändert. Auf 12 Tage bot die ZB 8% Jahreszins, auf 91 Tage 22%, auf 182 Tage 31,5% und auf 1 Jahr 36,9%. Lebac in Pesos mit CER-Indexierung konnten für \$ 3,3 Mio. auf 6 Monate zu 8% untergebracht werden, auf 1 Jahr \$ 28,3 Mio. zu 13,07%. Lebac in Dollar zu Nullzins wurden für insgesamt US\$ 76 Mio. aufgelegt.

Geld von dieser Seite zu erhalten. Abgesehen davon hat die Bundesregierung einigen Provinzen Zuschüsse gegeben.

Grundsätzlich wurde jedoch die finanzielle Besserung durch die Einfrierung der Beamtgehälter herbeigeführt. Auch fand ein vegetativer Beamtenabbau statt, wobei auch in vielen Fällen Verträge nicht erneuert wurden, durch die Beamten angestellt worden waren. Schliesslich wurden die provinziellen Investitionen drastisch verringert und Ausgaben aller Art gestrichen, wobei auch die Zuwendungen an die Gemeinden verringert wurden, in der Provinz Buenos Aires auf die Hälfte.

Die Provinzverwaltungen haben einen hohen Beamtenüberschuss, den man auf gut 400.000 Personen schätzen kann. Die Gouverneure sträuben sich jedoch gegen Entlassungen, weil sie meinen, dabei ein grosses soziales Problem zu schaffen. In der Tat ist es so, dass diejenigen, die als Beamten tätig waren und kaum viel geleistet haben, sich schwer tun, sich ihr Brot in der Privatwirtschaft zu verdienen, wo sie den ganzen Tag hart arbeiten müssen. In Argentinien ist die Arbeitskultur nicht gerade hervorragend, so dass man sich nicht besonders anstrengen braucht, um sie zu vernichten. Im gleichen Sinn wirken sich die Subventionen für Familienoberhäupter aus, die die Duhalde-Regierung eingeführt hat. Das hat schon dazu geführt, dass in Mendoza Personal für die Weintraubenlese fehlt, in anderen Provinzen für andere Tätigkeiten.

Die Provinzen werden sich noch weiter anstrengen müssen,

um ihre Defizite abzubauen, nachdem das Abkommen mit dem IWF einen primären Überschuss von 0,4% für 2003 vorsieht, was mit Zinsen noch zu einem Defizit führt. Gewiss bestehen bei der Eintreibung von Provinzsteuern noch grosse Möglichkeiten. Die Immobilienbewertungen sind meistens sehr hinter den Marktwerten zurückgeblieben, und allgemein besteht eine hohe Hinterziehung. Die Provinz Buenos Aires hat schon verfügt, dass die Immobiliensteuer von den Gemeinden kassiert werden soll, die dann die Hälfte für sich behalten, an Stelle des festen Betrages, den sie vorher erhielten. Die Bürgermeister sollten diese Arbeit theoretisch effizienter verrichten, da sie die Verhältnisse besser kennen. Aber in den meisten Gemeinden ist die Eintreibung der Gebühren noch schlechter als bei den Provinzverwaltungen, mit vielen Fällen, in denen kaum 30% der theoretischen Einkommens erreicht wird.

Auf der anderen Seite werden die Provinzen kaum umhin kommen, die Gehälter zu erhöhen, nachdem diese real sehr stark gesunken sind. Die Investitionen werden weiterhin auf ein Minimum beschränkt werden, mit Ausnahme der Erdölprovinzen, die dieses Jahr mehr an Gebühren kassieren und somit nicht zu sparen brauchen. Hier steht Santa Cruz an erster Stelle, wobei Gouverneur Néstor Kirchner schon einen Überschuss von über US\$ 600 Mio. angehäuft hat, den er vorsichtigerweise in Luxemburg deponiert hat. Es ist unbegreiflich, dass ihm so etwas erlaubt wird.

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Starke Verringerung der Provinzdefizite

Die Provinzen, einschliesslich der Bundeshauptstadt, haben ihr konsolidiertes Budgetdefizit im Jahr 2002 gegenüber dem Vorjahr um 72,3% verringert, also um mehr als die gegenüber dem Nationalstaat verpflichteten 50%. Allerdings hatten einigen Provinzen Überschüsse, die vom Gesamtdefizit der anderen abgezogen werden, obwohl hier keine Kompensation stattfindet. Vom konsolidierten Gesamtdefizit von \$ 1,48 Mrd. entfällt der Löwenanteil auf die Provinz Buenos Aires, die in der letzten Periode der Amtszeit von Duhalde als Gouverneur ihre Ausgaben stark aufgebläht hat, einmal durch absurd hohe Beamteneinstellungen, und dann auch durch hohe öffentliche Investitionen. Rückkauf hat als Gouverneur nichts unternommen, um dies zu korrigieren; erst Gouverneur Felipe Solá hat sich entschafft mit der Budgetproblematik befasst.

Das Ergebnis ist dennoch umso bemerkenswerter, als der Betrag der Beteiligung an den National-

steuern 2002 gegenüber 2001 um 11% abgenommen hat, obwohl das Amt für öffentliche Einnahmen (AFIP) die Steuereinnahmen insgesamt um 11% erhöhen konnte. Die Provinzen sind eben nicht an den Exportsteuern beteiligt und nur zu 30% an der Steuer auf Bankkontenbewegungen, so dass ihr Anteil am Gesamterlös geringer ausfällt, was sich in einem Jahr, in dem bei den traditionellen Steuern ein nomineller Rückgang eingetreten ist, besonders stark auswirkt.

Die Provinzen haben ihre finanzielle Lage einmal durch eine starke Erhöhung der Einnahmen aus ihren eigenen Steuern erreicht. Zum Teil ist dies inflationsbedingt; aber im allgemeinen haben sich die Provinzregierungen mehr um die Steuereintreibung gekümmert. Traditionell wollen die Gouverneure eben nicht die politischen Kosten einer intensiven Steuerfahndung tragen. Es ist bequemer, die Nationalregierung unter Druck zu setzen, um mehr

Die Provinzfinanzen

(in Mio. Pesos)

	2001	2002	Änder.\$	Änder.%
Gesamteinnahmen	30.014	32.179	2.166	+7,2
Provinzsteuern	9.766	10.604	837	+8,6
Gesamtausgaben	36.393	33.949	-2443	-6,7
Finanzergebnis	-6.379	-1.770	4.609	-72,3
Primärausgaben	33.956	32.472	-1.485	-4,4

Der Rückkauf monetärer Bonds

Viele Provinzen haben in den letzten Jahren ihr Defizitproblem durch Ausgabe monetärer Bonds gelöst, also Bonds, die wie Pesoscheine aussehen und auch, wenngleich beschränkt, wie Banknoten umlaufen. Dadurch wurde beiläufig eine höhere Liquidität geschaffen, die in Zeiten akuter Illiquidität mit zur Ankurbelung der Wirtschaft beigetragen hat. Diese Methode der Defizitfinanzierung geht jetzt nicht mehr, und zwar nicht nur, weil es das Abkommen mit dem IWF verbietet, sondern auch, weil diese Bonds in vielen Fällen nur sehr beschränkt für Zahlungen eingesetzt werden können, so dass sie auch von Lieferanten, Beamten u.a. nicht oder nur mit geharnischtem Protest angenommen werden. Das Disagio der einzelnen Provinzbonds ist sehr unterschiedlich und hängt vom Umfang der Ausgabe und der Verwendungsmöglichkeit ab. Die Bonds dürfen für Zahlungen provinzieller Steuern eingesetzt werden,

im Fall der Patacones der Provinz Buenos Aires auch für nationale Steuern. Gerade deshalb sind diese Bonds attraktiver und haben ein minimales Disagio. Die anderen Provinzen haben diesen Vorteil auch gefordert, aber nicht erhalten. Auf alle Fälle wird der Betrag dann von der Beteiligung der Provinzen an den Nationalsteuern abgezogen.

Die Regierung hat am Dienstag beschlossen, ein Programm in Angriff zu nehmen, um die Bonds in acht Provinzen zurückzukaufen. In einer ersten Etappe, soll es sich um die von Catamarca, Chaco, Corrientes, Mendoza, Tucumán, Entre Rios, Formosa und La Rioja handeln, die mit einem Abschlag von durchschnittlich etwa 30% gehandelt werden. Es handelt sich hier um einen Betrag im Nennwert von \$ 861 Mio., wobei die Regierung jedoch damit rechnet, dass sie diese Bonds zum Marktwert zurückkaufen kann und somit knapp über \$ 600 Mio. dafür aufwenden würde. Somit würden diese Provinzen über \$ 250 Mio. sparen. Die ZB, die sich mit diesem Rückkauf befassen soll, wird jeweils einen Preis für die einzelnen Bonds festsetzen, zu dem sie bereit ist, zu kaufen. Wer mit dem Abschlag nicht einverstanden ist, kann die Bonds behalten. In vielen Fällen ist dies günstiger, sofern diese Bonds kurzfristig für die Zahlung provinzieller Steuern zum Nennwert eingesetzt werden.

Die Nationalregierung soll die notwendigen finanziellen Mittel bereitstellen; die Provinzen müssen dann allerdings den Betrag zurückzahlen, was manchen kaum zuzumuten ist. Ein teilweiser Rückkauf, vor allem bei den Bonds, die mit hohem Disagio gehandelt werden, wäre vernünftiger und insofern positiv, als der Preis dann steigt und sich die Lage normalisiert. Ein totaler Rückkauf ist indessen kurzfristig nicht notwendig, und würde nur eine Belastung der Staatsfinanzen darstellen.

Die Patacones der Provinz Buenos Aires, die Lecor von Córdoba (die die Provinzverwaltung schon zum Teil zurückgekauft hat) und selbstverständlich die nationalen Lecor werden von dieser Aktion ausgenommen, so dass der Gesamtbestand der monetären Bonds weiterhin nahe bei \$ 7 Mrd. bleiben würde.

Stagnierende Handelsrunden

Drei umfassende Verhandlungen für den Abbau von Handels-schranken und verbundenen Problemen sind derzeit unterwegs, die Argentinien interessieren. Einmal die Welthandelsrunde, genannt Doha-Ruhe nach der Hauptstadt der arabischen Emirate, wo sie gestartet wurde, auch als Entwicklungsrunde hochgespielt; dann die Freihandelsverhandlung des amerikanischen Kontinents, in spanischem Kürzel als ALCA bekannt; und des weiteren die Verhandlungen zwischen dem Mercosur und der Europäischen Union (EU) als weltweit einzige Zollunionen zwecks Bildung einer Freihandelszone untereinander.

Diese Verhandlungen treten weitgehend auf der Stelle, obwohl laufend Tagungen stattfinden und Vorschläge unterbreitet werden. Dieser Tage hielt sich der vormalige US-Chefunterhändler der Uruguay-Runde im damaligen GATT, heute WHO (1986-1994), Clayton Jeutter, in Buenos Aires auf. Der prominente Besucher war unter Nixon vor dreissig Jahren Landwirtschaftssekretär im Kabinett gewesen. Seinen Bemühungen als verantwortlicher Beamter für den Aussenhandel unter den Präsidenten Reagan und Bush senior ist der Abschluss der Uruguay-Runde zu verdanken. Seit-

her praktiziert Jeutter in Washington in einer angesehenen Anwaltskanzlei.

Die drei erwähnten Verhandlungsrunden sind eng miteinander verquickt. Für Argentinien und dessen Partnern in der Cairns-Gruppe, die angeben, ihre Landwirtschaft weder zu subventionieren noch zu schützen, stehen in den drei Runden die Fragen des Agrarhandels im Mittelpunkt. Bis zur Uruguay-Runde wurden Agrarprodukte von den sieben vorherigen Runden ausgeklammert. Man verhandelte über Industriezölle, Dumping und verbundene Handelsprobleme, aber nicht über Ackerbau und Viehzucht, weil die grossen Handelsmächte ihre Landwirtschaft schützten und die anderen sich nie durchsetzen konnten.

In US-Sicht laut Jeutter werden die Agrarfragen in der ALCA ausgeklammert, weil sie von Doha abhängen. Die USA betrachten sich nicht als die schlimmsten Bösewichte im Agrarhandel, welche Rolle der EU und Japan zufällt, ebenso die hochprotektionistische Schweiz und andere Länder, neuerdings laut Jeutter auch Russland. Moskau hält sanitäre Vorschriften vor, als ob die Agrarlieferanten grössere Risiken liefen als Russland, wo doch genau das Gegen-

teil der Fall ist. Mit solchen Vorschriften werden zumal Fleischprodukte ausgesperrt.

Die USA subventionieren ihre Landwirtschaft laut Jeutter mit US\$ 19 Mrd. im Jahr, nur ein Drittel der US\$ 60 Mrd. der EU, aus welchem Verhältnis der Besucher die Empfehlung an Argentinien ableitete, die Kritik gegen den Agrarprotektionismus auf Europa und Japan zu konzentrieren. Hinzu kommt die Tatsache, dass Europa sich dagegen wehrt, den Import von genetisch veränderten Agrarprodukten zuzulassen, ohne den geringsten wissenschaftlichen Beweis zu bringen. Im Streit zwischen Politik und Wissenschaft neigen die Europäer zur Politik, meinte Jeutter spitz, die USA zur Wissenschaft, ebenso wie Argentinien, woraus eine Sinnesgemeinschaft zwischen beiden Ländern erwächst.

Brasilien steht vorerst auf europäischem Boden und verbietet genetisch veränderte Agrarprodukte. Allerdings erfolglos, da brasilianische Bauern längst argentinischen Sojasamen hereinschmuggeln und gegenwärtig bereits 6 Mio. t ernten, deren Export die Regierung zuzulassen gewillt ist, obwohl es sich um verbotene Ernten handelt. Brasilien ist mit 48 Mio. t zweitgrösster Sojaproduzent der Welt nach USA mit 75 Mio. t. Das Milliarden-geschäft wird sich Brasilien sicherlich nicht entgehen lassen, bis die Entscheidung reift, genetisch veränderte Agrarprodukte zuzulassen und gemeinsame Sache mit Argentinien und USA gegenüber der EU zu machen.

Jeutter beurteilte die Aussichten auf einen Abschluss der Doha-Runde Anfang 2005 als recht dürrig. Dieser Termin wurde seinerzeit in Doha vereinbart. Indessen finden im November 2004 US-Präsidentenwahlen statt, so dass die jetzige Washingtoner Administration kaum geneigt sein dürfte, vor den Wahlen wichtige Handelszugeständnisse zu machen. Die Uruguay-Runde - so Jeutter - sollte ursprünglich vier Jahre dauern, schloss aber erst nach acht Jahren ab. Der Doha-Runde dürfte ein ähnliches Schicksal beschieden sein.

Die Verhandlungspositionen in der Doha-Runde sind denkbar weit voneinander entfernt. Des-

halb darf man für die kommende Ministertagung in Cancún im September kaum einen Durchbruch erwarten. Die vorherige Tagung in Seattle Ende 2001 wurde von Globalisationsgegnern mit Hilfe der US-Regierung erfolgreich bekämpft. In der Uruguay-Runde geschah es zu ähnlichem Zeitpunkt auch so. Der Durchbruch kam später mit allerlei Kompromissen.

Trotzdem empfiehlt Jeutter, die ALCA-Verhandlungen ohne Agrarkompromisse abzuschliessen und auf jeden Fall bilaterale Fragen weiter zu verhandeln, wie es der argentinische Vizeausserminister und Chefunterhändler Martín Redrado dieser Tage in Washington tut. Die USA und Kanada - so Jeutter - hatten auch seinerzeit einen bilateralen Freihandel ausgehandelt, aber gewisse Punkte, darunter auch Agrarfragen, ausgeklammert, bis später NAFTA mit Mexiko und die Uruguay-Runde abgeschlossen wurden und Lösungen einbrachten.

Für Argentinien und Mercosur dürfte sich die Verhandlungsstrategie anders stellen. Ohne Agrarzugeständnisse sollten keine ALCA-Verhandlungen abgeschlossen werden, so dass auf jeden Fall auf Doha gewartet werden muss. Die USA drängen unterdessen auf Abschlüsse in Sachen Dienstleistungen, Patente, Investitionen, Antidumping und andere Handelsschranken, die allesamt meistens nur die USA und andere Grossmächte interessieren, nicht aber den Mercosur.

Ähnlich verhält es sich mit dem Freihandel Mercosur-EU. Wenn keine Agrarzugeständnisse der EU vorliegen, sollten die Verhandlungen abgebrochen werden, wie Jeutter auf eine diesbezügliche Frage empfahl. Die EU beschränkt den Freihandel mit Mercosur nur auf den jetzigen Handel, unter Ausschluss verbotener Agrarimporte, wogegen Mercosur unlängst einen Vorschlag vorgebracht hat, 85% der gesamten Zollnomenklatur, lies auch Importverbote und durch prohibitive Hochzölle geschützte Waren, zu liberalisieren. Die EU hat noch keine Stellung hierzu bekannt gegeben, dürfte aber genauso hartnäckig ihren Agrarprotektionismus mit allerlei heuchlerischen Vorwänden verteidigen, wie sie es bis jetzt getan hat.

Die eigenartige Lage des Flaschengases

In einem Seminar, das Ende letzten Jahres im Wirtschaftsministerium durchgeführt und vom Institut General Mosconi organisiert

wurde, wurde der Fall des in grossen Metallbehältern abgefüllten Gases behandelt, das als GLP („Gas licuado de petróleo“) be-

kannt ist. In Argentinien werden etwa 22 Mio. Einwohner direkt über das Leitungsnetz mit Erdgas versorgt, während die verbleibenden 15 Mio. auf Flaschengas angewiesen sind. Das erzeugte GLP wird je zur Hälfte für den Binnenkonsum und für den Export bestimmt, wobei Brasilien der weitest grösste Abnehmer ist.

Das GLP wird somit als „Commodity“ behandelt, so dass der interne Preis durch den Exportpreis minus Exportsteuer u.a. Exportkosten bestimmt wird. Das Leitungsgas wird indessen als öffentlicher Dienst betrachtet, so dass die Tarife pesifiziert und eingefroren wurden, mit dem Ergebnis, dass der Preis etwa ein Viertel (und manchmal weniger) als der des

Flaschengases beträgt. Dabei wird dieses zum grössten Teil in ärmeren Gegenden verwendet, in denen es keine Gasleitungen gibt. Vom Binnenkonsum des GLP entfallen etwa 70% auf Haushalte und der Rest auf Unternehmen.

Vom Endpreis für den Konsumenten entfallen nur 20% auf das im Metallbehälter enthaltene Gas, während der Rest auf Lagerung, Transport, Verteilung und Steuern entfällt. Somit ist der Preis in abgelegenen Gegenden höher. 56 Unternehmen betreiben die Verteilung, mit 98 Abfüllungsanlagen, so dass über 4 Mio. Kunden in 4.000 Städten und Dörfern über etwa 4.000 Engrosverteiler und 75.000 Einzelhändler bedient werden. Die Konkurrenz ist somit

intensiv, auch wenn die grossen Verteilungsunternehmen den Löwenanteil am Geschäft haben.

Gelegentlich werden auch unzulässige Methoden verwendet, indem die Flaschen nicht ganz gefüllt oder nicht richtig instandgehalten werden. In einigen Fällen verwenden kleinere Verteiler die Behälter der grossen Markenunternehmen (wie YPF, Shell u.a.), die sie abfüllen und dadurch besser unterbringen können, da der Kunde die Garantie schätzt. Vor einigen Jahren hatte das Energiesekretariat eine Privatfirma verpflichtet, um eine effektive Kontrolle einzuführen. Das wurde jedoch nie richtig durchgeführt und beim Regierungswechsel Ende 1999 wieder fallen gelassen,

so dass es weiterhin recht wild zugeht. Dabei besteht auch ein Sicherheitsproblem, da Behälter in mangelhaftem Zustand explodieren und Brände verursachen können.

Die hohe Preisdifferenz zwischen dem GLP und dem Leitungsgas ist ein natürlicher Anreiz zur Ausweitung der Netze, die ab der Privatisierung des staatlichen Gasunternehmens im Jahr 1992 stark vorangetrieben wurde. Die 2002 eingeführte Politik erschwert den Unternehmen ihre Investitionstätigkeit, so dass die Ausweitung nur langsam weitergeht, was bedeutet, dass ärmere Bevölkerungskreise weiter den Schaden des vier Mal höheren GLP-Preises erleiden müssen.